

„Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Preise 4.- M., bei direktem Postbezug monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streifenhand für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Interate haben die achtgehalt. Kompositionen oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das entsprechende Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Erwerbungsbeitrag 70 Pf., Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens die 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Prüfung der Befehle an Goh.

Paris, 29. Oktober.

Sollandisch Newsbureau meldet aus Paris: Die Entente-Kommission, die nach dem Balkikum geht, wird bald abreisen und in Berlin die amtlichen Befehle, die von der deutschen Regierung an v. d. Goh gegeben worden sind, prüfen. Dann reist die Kommission nach Kurland weiter.

#### Der Chef der baltischen Ententekommission.

H. N. Paris, 29. Oktober.

Wie verlautet, wird General Nessel zum Chef der Mission für die baltischen Länder ernannt.

General Mangin, der zuerst nach dem Balkikum gehen sollte, konnte mit der französischen Regierung nicht ins Reine kommen, da er militärische Machtvollkommenheiten verlangte. Die französische Regierung steht aber einer Entsendung von Truppen nach dem Balkikum ablehnend gegenüber.

#### Von den bolschewistischen Fronten.

Petersburg außer Gefahr.

H. N. New York, 29. Oktober.

„New York Sun“ erzählt, daß die freiwilligen russischen Truppen zurückgeschlagen wurden. Dadurch ist die Gefahr für den Fall Petersburgs wieder geringer geworden.

#### Niederlage Denikins.

In London wird behauptet, daß General Denikins Heer auf einer Front von 800 Meilen zurückgeschlagen wurde. In Petersburg sind die Paktisten geschlossen, da die Arbeiter an die Front geschickt wurden.

#### Amerikanisches Ultimatum an Mexiko.

Amsterdam, 29. Oktober.

Aus Washington wird gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein Ultimatum an Mexiko gerichtet hat, worin die Befreiung des von Banditen entführten amerikanischen Konsulargenerals in Puebla Jenkins verlangt wird. Im Senat wurde beantragt, die amerikanischen Truppen zu mobilisieren, um diese Forderung durchzusetzen. Das Presbureau Radio meldet, daß die mexikanische Regierung dem amerikanischen Vorkäufer mitgeteilt hat, sie werde alles aufwenden, um Jenkins zu retten.

#### Arbeiterunruhen in Amerika.

Amsterdam, 29. Oktober.

„Telegraaf“ meldet aus New York, daß in Brooklyn infolge Wiederaufnahme der Arbeit durch eine Gruppe von Industriearbeitern erste Unruhen stattgefunden haben, wobei es Tote und Verwundete gab. 20.000 Arbeiter streikten noch, während 30.000 die Arbeit wieder aufgenommen haben sollen.

#### Sozialistenfurcht.

Gang, 29. Oktober.

Wie Reuters Courant aus Washington meldet, hat der Senat die Gesetzesvorlage, durch die die Bundesbehörden ermächtigt werden, gegen Personen, die die rote Fahne aushängen oder die Revolution predigen, einzuschreiten, befürwortend beurteilt.

#### Die Schweizer Nationalratswahlen.

T. U. Bern, 29. Oktober.

Obwohl die Ergebnisse der Nationalratswahlen aus den großen Kantonen sowie aus den Kantonen Thurgau noch nicht vorliegen, läßt sich die Zusammenziehung des neuen schweizerischen Parlaments heute doch ungefähr überblicken. Die Freisinnig-demokratische Partei verliert, namentlich durch die Splitterung der Bauernpartei in den Kantonen Zürich, Bern, Thurgau, Argau und Schaffhausen, sowie durch den Zuwachs der Sozialdemokratie etwa 40 bis 42 Mandate. Die Partei wird im neuen Parlament etwa 58 Mann stark sein, sie wird damit allerdings die stärkste Gruppe der Bundesversammlung sein. Die Katholisch-levitische Partei hat ihren Bestand von ungefähr 30 Mann ziemlich behauptet. Sie wird die Sozialdemokratie mit ungefähr 33 bis 40 Mann in Stärke gleichkommen. Die Neue Bauernpartei wird etwa 25 Mann zählen. Die liberal-konservative Gruppe hat noch wie vor etwa 100 bis 120 Mitglieder. Die sozialdemokratische Gruppe mit der sich die Grüthener vereinigen, dürfte etwa 8 Mann zählen. Daneben werden noch einige kleine Vertreter der verschiedenen Parteien sein.

berpartei usw. in der Stärke von etwa 5 Mann auftreten. Die Bürgerliche Mehrheit der Bundesversammlung wird somit sehr stark sein.

#### Erweiterung der Frauenrechte in England.

Amsterdam, 29. Oktober.

Dem „Telegraaf“ wird aus London gemeldet, daß das Unterhaus zwei Anträge angenommen hat, durch die die Rechte der englischen Frauen erweitert werden. Danach sollen in Zukunft auch verheiratete Frauen für Richterämter ernannt werden können und Inhaberinnen der Pfarrwürde im Oberhause dieselben Rechte genießen wie die männlichen Pöare.

#### Ergebnis der luxemburgischen Kammerwahlen.

Luxemburg, 29. Oktober. (Gaza-Beuter.)

Endgültig wurden gewählt: 27 Katholiken, 7 Radikale, 9 Sozialisten, 3 Mitglieder der Partei Prum und 2 Sozialparteilier.

#### Verhandlungen mit Deutschen und Österreichern in London.

H. N. London, 29. Oktober.

„Daily Mail“ meldet: Verschiedene Briten, die sich während des Krieges und seit Abschluß des Waffenstillstandes für Deutschlands innere Zustände interessierten, werden in der nächsten Woche eine Konferenz mit deutschen und österreichischen Persönlichkeiten abhalten. Die Teilnehmer an dieser Konferenz werden am 5. November in London eintreffen. Die Gäste aus Deutschland sind: Eduard Bernstein, Professor Bonn, Hugo Brentano, Karl Kautsky, Richard Warrin, Graf Montgelas, W. Warburg, Hilferding, A. H. Wiffel, Professor Copenheimer, Karl Schöfänger, Professor Schulz. Weiter kommen sieben Österreicher und zwar: Dr. Bauer, Dr. Ellenbogen, Professor Sammarich, Wieser, Dr. Herz, Graf Renedorff und Professor Kroll-Kraut. Herr von Gwinner, der gleichfalls eingeladen war, hat abgelehnt.

Die Einladungen sind vom englischen „Verein zur Bekämpfung der Hungersnot“ ergangen. Wie wir hören, werden einige der Geladenen bestimmt der Einladung folgen, da der genannte Verein mitteilt, daß Einreisewierigkeiten nicht bestehen. Genosse Kautsky kann nicht nach England gehen, da die Redaktion der Akten über die Kriegsschuld, deren Veröffentlichung nicht verzögert werden darf, seine Anwesenheit in Deutschland erfordert.

#### Schlotternde Angst.

T. U. München, 29. Oktober.

Das Reichswehrkommando Nr. 4 hat für den 9. November alle Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und Demonstrationen verboten.

#### „Staatsverbrecher“!

Frankfurt a. M., 29. Oktober.

Die Anklagebehörde hat gegen die Führer des witten (?) Eisenbahnerstreiks vom Sommer in Frankfurt a. M. das Verfahren wegen Aufruhr einleitet.

#### Verlängerung der Arbeitszeit im jächsischen Bergbau.

Ein Vorschlag der Betriebsräte.

Zwickau, 29. Oktober.

Unter dem Vorsitz eines Regierungsvertreters fand in Zwickau eine Konferenz der sämtlichen Betriebsräte des Vauvoelstein- und Zwickauer Kohlenreviers statt, auf der gegen drei Stimmen beschlossen wurde, durch Einlegung einer Überstunde die Arbeitszeit von sieben auf acht Stunden zu erhöhen. Für diese Überstunde, die bis zum 31. März 1920 gelten soll, muß 25 Prozent Aufschlag gezahlt werden. Weiter wurde einstimmig beschlossen, an den drei Feiertagen, Reformationsfest, Buhtag und Hohenneujahr, ebenfalls Kohlen zu fördern. Alle diese Beschlüsse sind nur vorbehaltlich der Zustimmung der Betriebsräte gefaßt worden.

#### Das Befinden des Genossen Haase.

Im Befinden des Genossen Haase ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Angesichts der großen Schwäche des Kranken kann die Gefahr noch nicht als überwunden angesehen werden. Der Patient liegt noch immer in mäßigem Fieber.

#### Ein Interview mit Lenin.

Eine der angesehensten bürgerlichen Zeitungen Englands, der liberale „Manchester Guardian“ hatte vor einiger Zeit Herrn W. L. Goode als Korrespondenten nach Rußland geschickt, um von dort objektive Berichte über die ganze Lage zu erhalten. W. L. Goode genießt den Ruf eines durchaus wahrheitsliebenden Mannes, der ruhig und sachlich arbeitet und sein Urteil nur auf eigene Untersuchungen stützt. Manches von dem, was über Rußland und die Bolschewisten erzählt worden ist, hat er als falsch erklärt, Gerüchte, die auf dem langen Weg geradezu unheimliche Dimensionen angenommen hatten, auf ihren wahren Wert zurückgeführt. In den letzten Tagen seiner Anwesenheit in Moskau hatte er noch eine interessante Unterredung mit Lenin, die wir hier wiedergeben wollen.

Goode beschränkte sich auf drei Fragen, die ihm niemand anders als Lenin selbst vollkommen beantworten konnte, von denen er jedoch nicht wußte, ob er auch eine unumwundene Antwort erhalten würde. Sein Begleiter, der zweifellos als Dolmetsch dienen sollte, wenn es nötig wurde, weifelte daran, und erst später unversehens seinem Erstausdruck, daß Lenin ohne jedes Zögern und mit einer vorbildlichen Offenheit die Fragen des englischen Journalisten beantwortete.

Lassen wir nun Goode selbst sprechen:

„Die Führung des Interviews war mir überlassen. Ich begann sofort. Ich wollte wissen, wie weit die Vorschläge die Herr Bullitt für die Konferenz in Paris mitnahm, noch jetzt Gültigkeit besäßen. Lenin antwortete, daß sie noch gültig seien mit einigen Veränderungen, wie sie die wechselnde militärische Lage erfordern könnte. Später fügte er hinzu, daß in dem Uebereinkommen mit Bullitt festgestellt worden sei, daß die wechselnde militärische Lage Änderungen mit sich bringen könnte. Fortfahrend sagte er, daß Bullitt nicht in der Lage wäre, die Stärke des britischen und amerikanischen Kapitalismus zu verstehen, aber wenn Bullitt Präsident der Vereinigten Staaten wäre, würde bald Frieden gemacht werden.“

Dann nahm ich den Faden wieder auf, indem ich fragte, welches die Haltung der Sowjet-Republik gegenüber den kleinen Nationen sei, die sich von dem russischen Reich abspalteten und ihre Unabhängigkeit proklamiert hätten. Lenin antwortete, daß die Unabhängigkeit Finnlands im November 1917 anerkannt worden sei; daß Lenin persönlich dem damaligen Haupt der Finnischen Republik, S. W. R. u. d., das Papier überreicht habe, auf dem die Anerkennung offiziell festgestellt war; daß die Sowjet-Republik vor einiger Zeit verkündet hätte, daß keine Soldaten der Sowjet-Republik die Grenze mit Waffen in der Hand überschreiten würden; daß die Sowjet-Republik beschlossen hätte, einen neutralen Streifen oder eine neutrale Zone zwischen ihrem Gebiet und Estland zu schaffen und das öffentlich erklären würde; daß es eines ihrer Prinzipien sei, die Unabhängigkeit aller kleinen Nationen anzuerkennen, und schließlich, daß sie gerade jetzt die Unabhängigkeit der Baltischen Republik anerkannt hätten — und, fügte er hinzu, die Baltischen sind ein schwaches und zurückgebliebenes Volk.“

Zum drittenmal nahm ich das Interview auf, indem ich fragte, welche Propaganda gegen offizielle Propaganda unter den westlichen Völkern angeboten werden könnten, wenn durch irgend eine Wendung Beziehungen mit der Sowjet-Republik angeknüpft würden. Seine Antwort war, die Sowjet-Republik habe Bullitt erklärt, daß sie bereit sei, ein Uebereinkommen zu unterzeichnen, wonach keine offizielle Propaganda getrieben werden solle. Als Regierung wären sie bereit, sich zu verpflichten, daß keine offizielle Propaganda Platz greifen sollte. Wenn Privatpersonen Propaganda unternehmen, würden sie es auf ihre eigene Gefahr tun und den Gesetzen des Landes unterstehen, in dem sie so handelten. Rußland, sagte Lenin, hat keine Gehebe gegen Propaganda durch Angehörige der britischen Bevölkerung. England hat solche Gehebe, solange der britische Liberalismus existiert. Sie würden in der britischen, der französischen oder der amerikanischen Regierung erfordern, ihre eigene Propaganda zu treiben. Er besaßte sich laut gegen das englische Landesverteidigungsgebot, und was die Pressefreiheit in Frankreich angeht, so erklärte er, daß er gerade Henri Barbusses Novelle „Clarie“ gelesen habe, in der zwei zensurierte Stellen seien. „Sie zensurierten Romane im freien, demokratischen Frankreich!“

Goode fragte, ob Lenin irgend eine allgemeine Feststellung zu machen habe, worauf er antwortete, das wichtigste, was er zu sagen habe, sei, daß das Sowjet-System das beste sei, und daß die englischen Industrie- und Landarbeiter es

**Wann kommen wir denn, wenn Sie es können.** Er hoffe, daß nach dem Frieden die britische Regierung nicht die Veröffentlichung der Sowjet-Konstitution verbieten werde. Moralisch sei das Sowjet-System selbst jetzt noch siegreich, der Beweis dafür sei in der Verfolgung der Sowjet-Literatur in freien, demokratischen Ländern zu erblicken.

Damit war das Gespräch zwischen Goode und Lenin beendet. Goode reiste wieder nach England zurück und veröffentlichte seine Eindrücke, die er von Rußland erhalten hat.

Im Zusammenhang mit dem Lenin-Interview bringt der „Manchester Guardian“ übrigens auch den Entwurf des Friedensvorschlages zum Abdruck, den die Sowjet-Regierung Herrn Dullit mitgegeben hat, und der im Interview erwähnt wird. Der Friedensvorschlag wird dahin zusammengefaßt:

1. Alle Regierungen, die sich innerhalb des alten russischen Reiches gebildet haben, sollen vollkommene Macht über das von ihnen besetzte Gebiet haben, bis die Einwohner die Regierungsform bestimmt haben, die sie vorziehen.
2. Keine dieser Regierungen soll die andere mit Waffengewalt angreifen.
3. Die Blockade über Rußland wird aufgehoben.
4. Wiederherstellung der Handelsbeziehungen.
5. Alle in Rußland gewonnenen oder eingeführten Produkte sollen allen Klassen der Bevölkerung ohne Ausnahme zugänglich sein.
6. Alle russischen Regierungen gewähren ihren politischen Gegnern, Soldaten eingeschlossen, vollkommene Amnestie.
7. Die alliierten Truppen verlassen Rußland.
8. Gleichzeitige Verringerung der Sowjet- und Antisowjet-Armeen auf den Friedensstand.
9. Alle russischen Regierungen erkennen gemeinsam die finanziellen Verpflichtungen des früheren russischen Reiches an.
10. Freiheit des Wohnsitzes und Freizügigkeit aller russischen Staatsbürger in allen Teilen Rußlands.
11. Zurückführung aller Kriegsgefangenen.

## Vom Giftbaum des Belagerungszustandes.

... hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben.

Am 27. Oktober, 12 Uhr mittags, hat nach der Meldung des Wolfischen Bureaus der Reichspräsident über den Kreis Schleusingen, den Landkreis Ohrdruf und die Stadt Jella-Mehlis den „Ausnahmestand“ verhängt und sich dabei auf den Artikel 48 der Reichsverfassung berufen. Wir haben gestern schon festgestellt, daß die Verfassung keinen Ausnahmestand kennt, und daß deshalb die Maßnahme des Reichspräsidenten verfassungswidrig und ungesetzlich ist.

Verschlimmert wird die Sachlage noch durch die Berufung auf den Artikel 48 der Reichsverfassung. Es heißt darin ausdrücklich, daß der Reichspräsident von allen auf Grund dieses Artikels getroffenen Maßnahmen unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben hat. Wir stellen fest, daß bis heute, also volle zwei Tage nach der Bekanntmachung des Reichspräsidenten, in der Nationalversammlung noch nichts davon mitgeteilt worden ist.

### Wiederherstellung der Ordnung in Schmalkalden.

Aus Schmalkalden wird uns vom 28. Oktober geschrieben: „Belagerungszustand! Und in seinem Gefolge schwere Eingriffe in das persönliche Leben. Versammlungsverbote, Massinen-

schwere vor den öffentlichen Gebäuden, Postkolonnen bis an die Bahnhöfe hinauf, jeden Abend Wache. Dienstfreie Soldaten beleben das Straßenbild. Immer neue Truppen rücken ein. Hauptstadtung jagt Artillerie mit neuer Intenivität hier ein. Sie sind berufen, in Jella-Mehlis die Ordnung herzustellen. Heute morgen ist schon ein Teil der hier lagernden Truppen nach diesem Ort abgegangen. Man will also das ganze Industriegebiet mit dem Belagerungszustand überziehen. Hoffentlich lassen sich die Jella-Mehliser Genossen dadurch nicht aus der Ruhe bringen.“

Dazu muß ergänzend bemerkt werden, daß in Jella-Mehlis nicht das Geringste vorgekommen ist, was zur Verhängung des verfassungswidrigen „Ausnahmestandes“ hätte Veranlassung geben können.

### Schüler der Pressefreiheit.

Die Deutschnationalen haben in der Nationalversammlung eine Resolution zur Pressefreiheit eingebracht, die im Einzelnen folgende Forderungen enthält:

Die Reichsregierung zu ersuchen, den Oberbefehlshaber in den Provinzen anzuweisen, bei Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1881

- a) unparteiisch und nur nach sachlichen Rücksichten zu verfahren,
- b) das Verbot der täglich erscheinenden Zeitungen auf höchstens drei Tage, bei Druckschriften, die in längeren Zwischenräumen erscheinen, auf höchstens drei Nummern zu beschränken,
- c) vor Erlass des Verbots den Herausgeber zu hören,
- d) in der Verbotsanordnung den beanstandeten Artikel zu bezeichnen,
- e) wegen Wiedererscheins der Zeitung oder Druckfrist sofort mit dem Herausgeber in Verbindung zu treten.

Bemerkenswert ist es, daß die Deutschnationalen als Schüler der Pressefreiheit aufzutreten Veranlassung haben. Solange allerdings nur die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter den Verfolgungen der Regierung zu leiden hatte, solange hatten die Deutschnationalen nichts dagegen einzuwenden. Erst das unbefristete Verbot der „Deutschen Zeitung“ hat sie auf den Plan gerufen.

Sachlich ist zu den Forderungen der Deutschnationalen zu sagen: Der Belagerungszustand ist, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, verfassungswidrig und ungesetzlich. Die Forderungen der Deutschnationalen bringen also nur eine Halbheit. Es muß verlangt werden, daß der verfassungswidrige und gesetzwidrige Belagerungszustand, der über Berlin und die anderen Teile des Reiches verhängt ist, sofort aufgehoben wird. Der Schutz der Person, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Presse muß sofort wiederhergestellt werden!

### Ungehorsam gegen die Staatsgewalt.

Am Sonnabend standen vor der Leipziger Strafkammer die Genossen Fichte als Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ und Schöning als früherer Vorsitzender des Arbeiterrats, weil sie die Bevölkerung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt aufgefordert haben sollen. Als im April von der sächsischen Regierung über ganz Sachsen in gesetzwidriger Weise der Belagerungszustand verhängt wurde, trotzdem außerhalb Dresdens, wo unter der Herrschaft der Rechtssozialisten von erregten Kriegsinvaliden der Kriegsminister Neurath ins Wasser geworfen worden war, im ganzen Lande vollkommene Ruhe herrschte, da protestierte der Leipziger Arbeiterrat und die „Leipziger Volkszeitung“ dagegen. Der Arbeiterrat, dessen Befugnisse selbst von den Behörden anerkannt wurden, erließ eine Bekanntmachung, durch die der Belagerungszustand der sächsischen Regierung für Leipzig als zu Unrecht bestehend erklärt wurde. Diese Bekanntmachung war auch in zwei bürgerlichen Blättern abgedruckt worden, aber nur gegen die „Leipziger Volkszeitung“ wurde ihre Verweigerung eingeschritten. Genosse Fichte wurde zu vier, Genosse Schöning zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus der Verhandlung ist die Feststellung bemerkenswert, daß das sächsische Belagerungszustandsgesetz

trotz seines ehrwürdigen Alters von 68 Jahren noch niemals in Sachsen angewendet worden ist. Erst der rechtssozialistischen sächsischen Regierung blieb es vorbehalten, dieses reaktionäre Gesetz als Kampfmittel gegen ihre Gegner zu gebrauchen. Der Prozeß selbst war ein Verstoß, die Justiz als Instrument im politischen Kampf zu verwenden. Daß das jetzt nach der Revolution noch geschehen kann, ist ein trauriges Zeichen für unsere politischen Zustände und für die Rechtsverhältnisse in der freien Republik Deutschland.

## Ueble Ne'e des Vornovember.

Der „Bund entschiedener Schulreformer“ hat an die Preussische Landesversammlung das dringende Ersuchen gerichtet, daß die Personalakten aus der Zeit nach dem 9. November 1918 den Beamten ohne Einschränkung zugänglich gemacht werden, und daß die Akten aus der früheren Zeit gelöscht und alle Bemerkungen über die politische Tätigkeit der Beamten aus den Akten entfernt werden möchten.

Im Kultusministerium richtet der Bund folgende dringende Eingabe:

Unter A. 2 enthält die Dienstanweisung folgende Bestimmung:

Insbesondere wird der Direktor dem Unterrichts der Lehrer beimohnen, so oft er es für nötig hält, und mit ihnen, wenn ihm im Lehrverfahren etwas aufgefallen sein sollte, nach Schluß der Stunde das Erforderliche besprechen. — Es wird dann weiter von der Kontrolle gesprochen, die der Direktor an den Korrekturen und Jenstierungen der Lehrer sowie an dem Erfolg ihres Unterrichts zu üben hat.

Wir finden diese Kleinliche Beaufsichtigung und Bevormundung mit der Würde eines Menschen und Lehrers unvereinbar. Wir weisen auf die vielen Konflikte hin, die aus dieser Bestimmung zwischen Direktoren und Lehrerschaft entstanden sind. Wir weisen auf die schweren Demütigungen hin, denen Lehrer auf Grund dieser Bestimmung vor den Schülern ausgesetzt werden können und werden. Wir sind der Überzeugung, daß die Durchführung dieser Bestimmung mandem Lehrer die Freude an seinem Beruf für immer verdorben hat.

Der Bund fordert, daß diese Dienstanweisung, die zu den zahlreichen Akten des Vornovember zählt, endlich beseitigt und daß das Verhältnis zwischen Direktor und Lehrerschaft des an die Akademie erinnernden Vorgesetztenverhältnisses entkleidet und in ein kollegiales umgewandelt wird. Der Bund rechnet bestimmt mit einer allgemeinen Neugestaltung der Dienstanweisung, erwartet aber, daß der angeführte Passus sofort ausgeschieden werde.

## Pazifisten und Kriegsschuld.

In Cassel fand vom 24. bis 28. Oktober eine Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft statt. Die das Programm und die Satzung der Gesellschaft neu zu gestalten und die Berichte über die Tätigkeit der internationalen Friedensbureau in Bern entgegenzunehmen hatte. Von besonderer Bedeutung war es, daß die Forderung auf allgemeine Abschaffung der Wehrpflicht neu in das Programm aufgenommen wurde.

Auch auf diesem Kongreß traten gewisse, schon seit längerer Zeit bestehende, Gegensätze zwischen einzelnen führenden Persönlichkeiten der deutschen Pazifisten zutage. So vertrat Professor Nicolai den geschäftsführenden Vorsitzenden Professor Ombde gegenüber stark den Standpunkt des radikalen Pazifisten. Er verlangte eine Renouveau des Vorstandes, da Ombde nicht mehr das Vertrauen des Auslandes genießt und infolge seiner Stellung in wichtigen Fragen nicht mehr geeignet sei. Die Gesellschaft noch außen hin zu repräsentieren. Der Antrag Nicolais wurde allerdings mit ziemlichem Widerstand abgelehnt. Die Stärke der radikalen und emanzipierten Richtung in der Deutschen Friedensgesellschaft trat am deutlichsten in der Abstimmung über die Persönlichkeiten zutage, die die den deutschen Pazifisten im Vervier Bureau zusehenden Eide einzubringen sollten. Es er-

## Musikstunden.

Die Ausstellungen dieses Monats bringen zwei erfreuliche Überraschungen: in der Galerie Ferdinand Müller, Potsdamer Straße 134c, Modierungen und einige Malereien von Felix Mesed und im Salon Curtliff, Potsdamer Straße 113 — leider in einem Saale sonst voller Ritzsch! — sechs neue Bilder von Richard Jantzur.

Gaul Cassirer (Victorstraße 55) stellt ein neues graphisches Werk von Max Elebog auf, 47 Modierungen zu Mozarts Rauberlied, die nach Art von Randzeichnungen Rembrandts aus Mozarts handschriftlicher Partitur umgeben. Das Werk läßt völlig kalt. Mit einer aus dem Handgelenk arbeitenden Routine, mit „heiteren Einfällen“, die nun leider schon recht konventionell und „typisch Stebopisch“ wirken, stellt Elebog doch Mozart auf. Wie aufgeworfelter Dreck in dieser Rahmen — belegt um kitschlich-karen Gesang. Elebog macht aus der „Rauberlied“ beherrschte eine „Niedertramp“. Gegenüber der Abstraktion der Stebopischen Impressionen wirken Heitz Meisels Modierungen wohlthuend und rein. Meisel weiß Anteilnahme an seiner Arbeit bis ins kleinste Formens. Die Modierungen zu „Denkmalen“ haben wirklich etwas von der Herden, aber leuchtenden Schönheit Meiselscher Werke... In der überflüssigen, wie Glas. Bei Stebop: Poppligkeit, bei Meisel: glänzende Härte. „Schleier“ ärmlich an „Einfällen“ sind Meisels Blätter reich an bildnerischem Sinn. Meisel lebt Ehre aus Menschen, deren Geistes er innerhalb des Parallelen knapp, aber ausdrucksvoll darstellt.

Ein ähnlich's Verhältnis, wie zwischen Elebog und Meisel, besteht zwischen Gaul und Richard Jantzur. Der Vergleich mag im Augenblick gewaltig klingen. Aber die plastischen Tiere Gauls, die Cassirer jetzt in einer großen Kollektion bringt und die Tiere, die Jantzur malt, stellen sich unwillkürlich zum Vergleich. Gaul sieht das Tier mit dem unbewussten Hochmut des „Tierheutes“. Er schafft einen plastischen Zooologischen Garten. Man bewundert die „Geschlossenheit der Horn“ bei seinen Tieren. Ich finde nichts Bewundernswertes darin. Ich empfinde bedauernd den Abstand, die Distanz, den Hochmut, der sich das Tier zum „Mensch“ wählt. In keine Form gezogen, steht das Tier nun wie hinter Gittern, gelangen, wenn auch gutartig durchgeföhrt. Woher diese „geschlossene Form“? Weil Gaul sich nie der Kreatur nähert, hat, nie mit ihr verdammt seine „Norm“ ist ja nicht die Norm, die hinter dem Tier steht.

## In deutscher Kriegsgefangenschaft.

Der Franzose G. A. Blanchet hatte das Unglück, Soldat zu werden. Er habe zwar das Glück, nicht für sein Vaterland zu sterben. Aber ihm widerfuhr das grausame Schicksal, von den Deutschen gefangen genommen zu werden. Was er hier gelitten hat, übersteigt sämtliche Grauelberichte und ist beizender Sohn auf das präziseste beschrieben von der deutschen Kultur, mühte auch genügen, um jene Klagen über die Leiden unserer Gefangenen bestimmen zu lassen; man hat sich nichts mehr vorzutragen, wenn man sich so viel vorzutragen hat, und es ist unnötig, immer im Kreis herumzufragen und die Leiden des einen durch die Leiden des andern erhöhen zu wollen. Wir müssen ein Ende mit diesem Vergeltungsraube machen, wir müssen zuerst erkennen lernen, daß wir selber schuldig sind; wir müssen nicht nur unsere freieren Herren allein für alle Grauel verantwortlich machen, die in ihrem Namen geschehen sind — wir selber sind mitschuldig, denn wenn wir uns nicht gedulbig zu Werkzeugen hätten machen lassen, wäre die Blodt dieser Männer nicht so groß gewesen. Was in unserm Lande geschah, war der Ausdruck unserer gesamten Mentalität. Keiner ist schuldig. Alle sind schuldig.

Blanchet hat seine Ergebnisse in einem Werke beschrieben, das sich „En représailles“ nennt und 1918 erschienen ist. Das Buch ist ein Dokument der deutschen Feinde und macht vor Scham rot. Es genügt, um alle deutschen Klagen über Mißhandlungen verkommen zu lassen.

Man hat im Lager zu Kreuzfeld die Franzosen, welche einen Fluchtversuch gemacht hatten, in einen Käfig gesperrt, der drei Schritte lang und 1 1/2 Schritt breit war, man hat ihnen trotz eisiger Kälte keinen Mantel gegeben, wenig Brot und wenig Wasser. Man hat ihnen jeden vierten Tag eine eiserne Suppe gebracht. Sie litten Hunger, sie hockten mühsig — in dunkler Kälte. Zwei Wochen lang hat diese Qual gedauert, bis man sie Gefangenen bestellte, um sie hinter Stacheldraht zu bringen und den brutalen Wächtern bemachen zu lassen. Im Lager zu Friedrichsfelde hat man unnütze Appelle in die Nacht hinein verhängt, die Gefangenen bei Regen in ihren Lumpen wie Ströcklinge herumstehen lassen, sie eines Tages mit Kolbenstößen in Viehwagen getrieben und nach Weßfalen geschleppt, man hat sie „Schweinshunde“ beschimpft, man hat ihnen gedroht, man hat sie geschlagen. In Weßfalen haben sie Enttöpfungsbereitungen ver-

richten müssen, immer zehn Stunden lang im Wasser gehalten und Säure geschrippt, während ihre Wächter unaußerdlich riefen: „Los! Los! Arbeit!“ Wer sich einen Augenblick auf seinen Spaten stütze, wurde geschlagen. Es regnete damals unaußerdlich, die Gefangenen waren gänzlich durchnäßt, um nachts in ihre Hüllen zahnlos zu liegen und sich auf kaltem Heidekraut „auszurufen“. Demnach kamen sie nach Cassel, wo der Dapbus herrschte, und man die Leichen loselag auf dem nackten Erdboden herumliegen ließ, der zum Infektionsherd werden mußte.

Die Überlebenden kamen in die Gegend der masurenischen Seen, wo Roskites die Gefangenen gefangen, wo man auf faulen Brettern lag, von Hühnern und Linsen geblissen wurde und vergebens um Nahrung bat. Mitleidige Frauen, die ihnen Brot zuwerfen wollten, wurden von den Wächtern mit Fischen davon gejagt. Vor Hunger litten die Unglücklichen Gräber und Burgeln. Sie lebten von einem Stückchen Kriechbrot und bekamen zuweilen eine Suppe mit Dering und Kapflaumen. Man durfte kein Feuer machen, man schlief auf nackten Brettern, drei Mann hatten einen Stffel, eine Tischgabel; ein Liter Wasser genügte täglich für alle Bedürfnisse, es gab keine Kerze, keine Nadel, kein Trinkgefäß, keine Uhr, keinen Spiegel, kein Messer, kein Buch, kein Musikinstrument, keine Toilet, es war verboten, zu lachen, zu singen, zu pfeifen, man durfte nicht zu weit herumgehen, man durfte nicht zu weit sprechen. Und es gab noch Strafen! Man konnte in Einzelhaft gesperrt oder an den Pfahl gebunden werden. Unter 39 Grad Fieber war man nicht krank und ein Offizier sagte: „Hier haben die Franzosen kein Recht, zu werden.“

Kriegsgefangenen in Deutschland — dem Lande der Kultur — dem Lande Meisels und Weisens. Wenn werden ihr aufhören, über eure Nachbarn zu getern, während ihr euch selber so bedürftig habt, daß man noch in Joghurtbecken an euch denken wird! Aus! Arbeit!

„Der neunte November“ heißt ein neues Buch von René Schickel, das in diesen Tagen als 8. M. Bändchen der Sammlung „Tribüne der Kunst und Zeit“ im Verlage Erich Reich, Berlin, erscheint. Es gibt die Quintessenz der deutschen Revolution und Ausblicke in eine edlere und geistige Zukunft. Im Mittelpunkt dieser Schrift steht das Problem der Gewalt, die Schickel als völlig ungelegnetes Mittel zur Verwirklichung der sozialistischen Ideale aufs bestmögliche bekämpft.

hielt Quidde 80 Stimmen, Nicolai dagegen nur 60 Stimmen. Auch dem wurden gemäßigt Stellung v. Veria, Professor Schäding und de Reufville, Programm und Satzung, wurde anerkannt, eine scharfe Entschiedenheit gegen die geplante Weltblockade gegen Sowjetrußland angenommen und u. a. über die Schuldfrage am 11. Tage einstimmig folgende Resolution gefaßt:

„Die Versammlung stellt fest, daß in der Beurteilung des Schuldproblems, das die Nachhaber des alten imperialistischen Deutschland an der Entstehung des Krieges trifft, die Ansichten des deutschen wie des internationalen Sozialismus auseinandergehen, daß aber volle Einmütigkeit besteht in der Forderung, die Schuldfrage rückstandslos zu klären und die Wahrheit unumwunden zu bekennen.“

## Die internationale Reaktion.

### Ein Anschlag auf das Leben Fritz Platzens und anderer Genossen.

Der „Vasser Vorwärts“ veröffentlicht den folgenden Brief: Basel, den 15. Oktober.

An das Politische Departement der Schweiz, Eidgenossenschaft, Bern!

Herr Bundesrat!

Die „Aranil“ vom Montag, den 13. Oktober, enthält folgende Korrespondenz seines Wiener Spezialkorrespondenten:

Wien, 8. Oktober. (Per Post angekommen.)

(Übersetzt) Die verschiedenen offiziellen Agenturen verkündigen die Verhaftung des Genossen Platten aus dem Kreis von Olava und seine Ausweisung aus dem rumänischen Territorium über die ukrainische Grenze, mit der Androhung, ihm die Rückkehr nach Moskau zu erleichtern. Doch Platten an diese Grenze stellen, bedeutet im Gegenteil, ihn den Händen der Weissen Garde zu überliefern und zum Tode zu verurteilen.

Mit welchem Recht die Regierung von Bukarest, wenn sie ihn einmal ausweist, den Genossen Platten nach Osten dirigiert, mit der klaren Absicht, seine Rückkehr in seine schweizerische Heimat zu verhindern, das weiß allein die Regierung in Bern.

Ein Beamter des Politischen Departements von Bern versichert mir, daß Oberleutnant Schaetti, der von derselben Stelle beauftragt ist, mit der antibolschewistischen Liga zu verhandeln, über die Mittel und Wege, die anzuwenden seien, um die kommunistischen Agitatoren und Propagandisten der Schweiz und Deutschlands unschädlich zu machen, zu dem Schluß gekommen sei, es seien die bekanntesten führenden Genossen der sozialdemokratischen Linken zu ermorden.

Das schweizerische Politische Departement hätte in erster Linie, durch Vermittlung des obengenannten Oberleutnants, einem deutschen Agenten 80 000 Schweizerfranken angeboten, wenn es ihm gelänge, Fritz Platten auf österreichischem Gebiet zu ermorden, während der Durchreise von Bukarest nach Zürich.

Diese Verhandlungen hätten vor einigen Monaten an der schweizerischen Grenze zwischen Konstanz und Schaffhausen stattgefunden. Oberleutnant Schaetti ist Kommandant einer Abteilung der schweizerischen Grenzpolizei, die im bezeichneten Abschnitt mit dem Grenzschutz beauftragt ist.

Es ist klar, daß die schweizerische Regierung schon damals die Verhaftung Platzens aus dem schrecklichen bojarischen Gefängnis voraussetzte. Jetzt muß man sich noch vergewissern, ob die Regierung in Bukarest in Kenntnis des Schicksals, das dem schweizerischen Nationalisten Platten zugebracht war, absichtlich das Gerücht verbreitet, daß Platten nach Rußland reise, während er sich in Wirklichkeit nach der Schweiz begibt; oder ob es sich um eine Verleumdung ihrer Absichten handelt, und zwar in dem Sinn, daß Fritz Platten auf dem republikanischen Boden Österreichs zu ermorden, man es für besser hielt, dies auf dem von der Weissen Garde besetzten Territorium ausführen zu lassen.

Die Mörder erwarten jetzt Platten mit dem Dolch in der Hand an der Grenze.

Ein Beispiel, woher der Terror kommt.“

Diese Mitteilung, veröffentlicht in einem angesehenen Blatt des Auslandes von einem Korrespondenten, der als durchaus zuverlässig bekannt ist und der sich auf die direkten Mitteilungen eines Beamten Ihres Departements bezieht, muß unbedingt alle Parteifreunde des Genossen Platten mit schmerzlicher Besorgnis erfüllen; sie bedeutet zudem eine so schwere Anschuldigung gegen

Ihre Weisheit, daß wir Sie um sofortige Aufklärung über den Sachverhalt ersuchen.

Für die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei Baselstadt und die Redaktion des „Vasser Vorwärts“.

Wetti, Wieser.

## Parteigenossen!

Ein neuer Zeitabschnitt hat begonnen. Die soziale Revolution, seit einem Jahr akut geworden, läßt sich nicht mehr aufhalten. In immer weitere Kreise dringt die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Neugestaltung unserer Gesellschaftsordnung. Aber noch immer stehen Hunderttausende, die in unsere Reihen gehörten, dem Ziel der U. S. P. D. in Unkenntnis gegenüber. Noch immer kann der arbeitserfreundliche „Vorwärts“ und die korrumpierte bürgerliche Presse große Teile des Proletariats irreführen. Hier gilt es, den Hebel anzufassen, damit die Avantgarde der Revolution immer stärker und kampfkraftiger wird.

## Erziehung zum Sozialismus,

rückhaltlose Aufklärung über die Schäden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, Kampf gegen offene und versteckte Reaktion sind die vornehmsten Aufgaben der

## „Freiheit“.

Je mehr sie gelesen wird, desto stärker wird ihr Einfluß auf die Neugestaltung der menschlichen Gemeinschaft im sozialistischen Sinne werden.

Eure Pflicht ist es, Parteigenossen, durch weitgehende Agitation die „Freiheit“ und damit die Partei zu stärken. Nur noch wenige Tage trennen uns vom Monatswechsel:

**Habt ihr schon neue Leser erworben?  
Erfülle jeder seine Pflicht!**

## Aus der Partei.

### Agitatorische Erfolge in Teltow-Beesfeld.

Eine großartige Agitation wurde in den letzten Wochen unter der Bundesleitung im Kreis Teltow-Beesfeld durchgeführt. In 78 öffentlichen Versammlungen mit dem Thema: Was wollen die unabhängigen Sozialdemokraten? haben wir versucht, auch der Landbevölkerung, den Landarbeitern, Kleinbauern unsere Forderungen an den heutigen Stand verständlich zu machen. Die notwendigste war, hinweisen die zum Teil vorhandenen irigen Meinungen und Auffassungen unter der Bundesleitung über die U. S. P. In einer Reihe von Ortschaften waren es überhaupt die ersten Versammlungen, welche unsere Partei seit ihrem Bestehen abhielt. In den Orten, wo noch Anhänger der S. P. D. vorhanden waren, versuchte die Zentrale durch bestellte Delegationsredner zu retten, was zu retten war. Ramentlich Herr Meise-Charlottenburg, der in verschiedenen Versammlungen unseren Rednern gegenübertrat, schreckte selbst vor den schäblichsten Mitteln nicht zurück, die Schläge bei der Herbe zu erheben. Das ihm dieses Vorhaben nicht gelang, lag ehestens an dessen Unfähigkeit, vor allem aber daran, daß die Handlungen und Taten der Rechtsregalisten selbst bei einem großen Teil der Landbevölkerung zu neuem Anlaß finden. In einer Reihe von Orten beteiligten sich auch Anhänger derselben an der Diskussion und gaben in schäblichen, beredeten Worten ihrem Unwillen über die Haltung ihrer Führer Ausdruck. Was wir zu erreichen hofften, hat sich erfüllt. Der Erfolg ist in verschiedenen neu gegründeten Ortsgruppen und in der Aufnahme zahlreicher neuer Mitglieder zu finden. Lassen wir nicht nach in der Agitation, haben wir dieselbe weiter aus, dann wird auch der Teil der Landbevölkerung, der heute noch indifferent, politisch uninteressiert ist, oder in Verleumdung der Sozialisten sich im Lager der Rechtsregalisten befindet, den Weg zu uns finden, denn auch auf dem platten Lande hat eine Zeit des Erwachens begonnen.

dem Ursprung nahe, die kosmische Urform, wie sie Franz Marc empfand, sondern die dematis, die abgeleitete, die auf beschleunigtem, bequemem Menschenmaß gebrachte Formel. Da sind Janichs Tiere anders! Mit aufrechter Verwendung begründbar ist Janich zu diesen neuen Schöpfungen. Die Wirkung der auf handarabische, stark gezeichnete Papier gemalten Tafeln mit Parabelschlangen, die als Fensterbilder gedacht sind, ist wunderbar. Janich steht nun in erster Linie. Und er malt das Tier als göttliche Kreatur in Einheit mit der Kreatur Mensch, demütig, voller Liebe. Er gibt keine „geschlossene Form“, er gibt Auflösung in das Wunder.

Die Bilder Polakows. Die „Sturm“, Potsdamer Straße 13a, zeigt, sind durch ihr starkes düstres Pathos gewiß nicht ohne Wirkung. Aber ihre Leidenschaft macht vorüber. Einzig ist wirklich schön, das weiße gleiche den Blümenfeldern Regentropfen, die in auch außerordentlich wirkungsvoll sind durch ihr schwebendes Pathos, aber sich in ihrem Pathos selbst verfangen. Expressionismus als Methode. — Jacoba van Deemster als Entwurf für Glasfenster, ebenfalls in „Sturm“, und etwas nüchtern ausgefallen. Mit Freude begrüße ich das Erscheinen des Plastikers Karl Herrmann (ebendort), von dem hoffentlich bald mehr zu sehen ist.

Schließlich muß ich von der Ausstellung sprechen, welche die Stadt Berlin in der Aula der Gemeindeschule Dönhofsstraße 18, veranstaltet hat (Besuch unentgeltlich von 8-8 Uhr abends), und die auch durch andere Stöckchen werden soll. Es ist eine Auswahl aus jenen Kunstwerken, die die Stadt auf den Ausstellungen der letzten Jahre zusammengelassen hat. Es gibt in Berlin schon mehr als genug schlechte Bilder in gemalteten jahren Museen. Die guten aus allen diesen Sammlungen zusammen würden knapp das Neunzehnte dieser Museen füllen. Es ist auch nicht ein Bild in dieser Ausstellung, dessen Entschiedenheit gewesen wäre. Knappe soll eine Sammlung zukommen, die typisch Berlinische Kunst repräsentiert. (Und dann heißt Bild!) Aber nichts in dieser Sammlung ist weichenhaft Berlinisch — weder Leistikow, noch Lesser Un, noch Starbina. Rund heraus gesagt: diese Sammlung ist kitschig, und sie darf nicht fortgesetzt werden. Die Stadt Berlin, wenn sie die außerordentliche Summe der Kunst zugute kommen lassen will, bitte sie für die Abräumungsarbeiten der Siegestraße. Oder sie beschreibe den Weg, Kaiser- und Dönhofsstraßen Aufgaben in ihren Bauten zu stellen. Sie neme aber bei der Auswahl der Künstler

nicht ihren bisherigen Maßstab: wer war vor 50 Jahren einmal Kunst — sondern sie wähle die Jungen von heute!

Das Volk soll durch diese Ausstellung in Kontakt mit der Kunst gebracht werden? Ich bezweifle den Erfolg. Eine Ausstellung von Bildern hat nur Sinn, wenn sie auf die ursprüngliche, menschliche und unbedürftliche Art Freude bringt. (In dieser Umgebung wirkt schon Corinths Hausenbild als Basal, nur weil es so schön dorthin ist, wirken Curt Hermanns Farben schon als Kostbarkeiten.) Diese Ausstellung schadet nur den Bestrebungen, die Volk und Kunst zueinander führen wollen, weil sie im Volke wieder die falsche Ansicht stärkt: es gibt also keine Kunst, die uns Freude macht; es gibt nur eine unangenehme Kunst, die wir pflichtgemäß bewundern sollen. Am besten wäre es, die Stadt Berlin heute mit dem Gelde des Kunstfonds einen schönen, luftigen Vergnügungspark für Berliner Kinder. Eine prächtige Aufgabe für Künstler. In der kleinen Bergischen Gemeinde Mündeloh sah ich etwas der Art. An einer wunderschönen Stelle unter Tannen ein Spielplatz für Kinder, mit einem halben Dutzend verschiedener Schaukeln und Karussells. Heiter, glücklich, froh spielten dort die Kinder — sie hatten ihre Freude. Solche Spielplätze sollte die Stadt bauen. Kunst ist Freude! Und wenn ihr Kunst nicht vermitteln könnt, so vermittelt wagtens Freude! Adolf Behne.

Vortragende. Frau Heinrich v. Twardowski, der an seinem ersten Vortragabend in der Sektion als Registrator und als Schriftleiter besonders in seinen Parodien und den in gleicher Linie von Christian Morgensterns Rainaldromen abgehandelten Gelegenheitsdramen freundlichen Beifall fand, wiederholt seinen Abend in der Sektion am Sonntag, 1. November. — Ludwig Hardt wiederholt am Sonntag, 2. November, im Reiterjagd (Müdenstraße) seinen Abend „Erdglocke-Geschichten“ (Kleist, Fontane, Morgenstern u. a.). Dazu 12 Schauspielerporträts.

Die „Neue Musikgesellschaft“ veranstaltet am Donnerstag, den 30. Oktober, 8 Uhr, in der Philharmonie das erste der acht großen Winterkonzerte mit dem Philharmonischen Orchester unter der Leitung von Hermann Scherchen. Zur Aufhebung gelangt die erste Symphonie von Bruckner, Christlichenspiel von Wagner und „Romantisches Lied“ von Regner.

Einen Mozartabend mit gleichem Programm wie das vorletzte Mittagskonzert der Volkshäuser veranstaltet der Bildungsausschuß U. S. P. Neukölln am Sonntagabend 17 Uhr bei Haggard (Hafenstraße). Mitwirkende: Konradmeier Scherchen, das Blüthnerorchester, Hermann Gredesmaß (Violine).

## Gewerkschaftliches.

### Von der Tariffrage der Unternehmer.

Von einem unerhörten Versuch der Umgestaltung tariflicher Gehaltsvereinbarungen gibt uns der Bund der technischen Angestellten und Beamten Kenntnis. Bei der Firma Dr. Max Levy ist nach Abschluß des Tarifvertrages für Angestellte der Berliner Metallindustrie eine Einteilung in die einzelnen Lohngruppen erfolgt, mit der sich die Angestellten einverstanden erklären konnten. Dinterher hat der Firmeneinhaber den Angestellten jedoch durch einen Bureauvorsteher sagen lassen, daß er, falls sie darauf bestehen würden, nach den Bestimmungen der betreffenden Gruppen bezahlt zu werden, genötigt sei, anders zu disponieren, d. h. seine doch bezahlten Angestellten zu kündigen und billige Arbeitskräfte dafür zu engagieren.

Das ist ein Vorstoß gegen Treue und Glauben, den man nicht entschieden genug brandmarken kann. Wenn der Verband Berliner Metallindustrieller, mit dem der Vertrag abgeschlossen ist, seinen Mitgliedern nicht mehr auf die Finger zeigt, so darf er sich nicht wundern, wenn man den Versicherungen seiner Vertreter, daß sie bereit seien, Verträge laßbar durchzuführen, keinen Glauben mehr schenkt. Sollten sich aus diesem Verhalten der Arbeit der schärfere Konflikt ergeben, die schließlich zu Streiks führen, so trifft die Schuld einzig und allein derartige Unternehmer.

Eine Versammlung der Funktionäre der Sektion 3 des Transportarbeiterverbandes (Verkehrsgewerbe), in der über den Tarifvertrag beraten werden sollte, fand am 24. d. M. statt. Es machten sich gleich bei Beginn der Versammlung gegen die Beschlüsse, die diesen Vertrag hinter dem Rücken der Berliner Kollegen abgeschlossen hatten, Unruhe bemerkbar. Der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes C. Schumann verwarf die gegen diesen Vorwurf. In der Diskussion wurde jedoch von den anwesenden Delegierten zum Stuttgarter Verbandstag des Transportarbeiterverbandes erklärt, daß es nicht wahr sei, daß sie die Zustimmung zu diesem Kollektivvertrag gegeben haben und daß auch keine offizielle Rücksprache darüber stattgefunden hätte. Man habe sich lediglich in zwangloser Weise darüber unterhalten und Schumann persönlich habe erklärt, daß unter allen Umständen die Berliner Kollegen über dieses Kollektivabkommen getraut werden müßten, trotzdem sei hinter dem Rücken der Kollegen der Schumann dieser Vertrag abgeschlossen worden gegen den Willen der Kollegen. Von allen Diskussionsrednern wurde das Kollektivabkommen bemängelt und vor allen Dingen das Zustandekommen scharf beurteilt. Der Tarifvertrag wurde dann abgelehnt und eine Resolution angenommen, die sich in ziemlich scharfer Weise gegen das Verhalten Schumanns sowie gegen den von der Technischen Kommission vorgenommenen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter aussprach.

In einer Versammlung aller in den Spektationsbetriebs Beschäftigten, in der der Verbandsvorsitzende Schumann über „Wirtschaftliche Demokratie und Betriebsdemokratie“ referieren sollte, wurde auf Wunsch einer vorhergehenden Vertrauensmännerkonferenz dieser Branche beantragt, auch einen Korreferenten sprechen zu lassen. Der Verbandsvorsitzende Schumann wurde auch der Vorsitzende Schumann warden sich begeben, daß er zu diesem Zweck erschienenen Genosse Wegmann das Korreferat halte. Als der Antrag trotzdem ziemlich einstimmig angenommen wurde, verließ Schumann den Saal, was mit starkem Beifall begrüßt wurde. Nun wurde dem Genossen Wegmann das Wort zum Referat erteilt und er legte in 15 Minuten Vortrag unsere Auffassung unter fortwährender Zustimmung der Versammlung dar. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde Schumann wegen seines Verhaltens ein Mißtrauensvotum ausgesetzt.

Betrieb Albatros Johannistal. Donnerstag, 30. Oktober, früh 7 Uhr, müssen sich folgende Kollegen melden: Kartennummern 5, 7, 8, 9, 10, 11, 14, 16, 18, 22, 23, 24, 25. Um 11 Uhr Nr.: 27, 28, 30, 32, 36, 40, 41, 43, 44, 46, 47, 48, 50. Die Kollegen müssen pünktlich erscheinen.

## Groß-Berlin.

### Klassen-Wochenkarten auf der Stadtbahn.

Die Neuregelung des Tarifs im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr bringt auch bezüglich der bisherigen Bestimmungen über die Wochenkarten wesentliche Veränderungen. Bereits mehrfach ist gemeldet worden, daß die Arbeiterwochenkarte am 1. November aufgehoben wird. An ihre Stelle treten im Fernverkehr Wochenkarten 4. Klasse, im Vorortverkehr Wochenkarten 3. Klasse, deren Preis den 1/2 Teil der Monatskarte der betreffenden Strecke und Klasse bilden werden. Während der Wochenkarte 4. Klasse die entsprechende Monatskarte nicht zur Seite gestellt wird, so wird neben der Wochenkarte 3. Klasse für den Vorortverkehr die Monatskarte 3. Klasse in der alten Form bestehen bleiben. Die neuen Wochenkarten 4. Klasse, die nur auf Fernstrecken ausgegeben werden, berechtigen innerhalb der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortstrecken nicht zur Benutzung der Vorortzüge, die bekanntlich nur 2. und 3. Klasse, also nicht die 4. Klasse führen. Von den Vorortstrecken können also nur dann durchgehende Wochenkarten gelöst werden, wenn auf der betreffenden Station Verbindung des Fernverkehrs halten, und dann auch nur auf Entfernungen von höchstens 40 Kilometern. Im allgemeinen berechtigen die Wochenkarten nicht zur Unterbrechung der Fahrt. Im Bereich der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen wird jedoch die Verbindung oder der Antritt der Fahrt auf einer Zwischenstation nicht als Fahrtunterbrechung angesehen. Ebenso wie die einfachen Fahrkarten gelten Wochenkarten nur zwischen zwei auf der Karte angegebenen Stationen und haben nicht die erweiterte Benutzbarkeit der Monatskarten nach mehreren an verschiedenen Strecken liegenden Endstationen. Eine Ausnahme von der Regel bilden die Wochenkarten für die ganze Stadt- und Ringbahn, die auch auf den Vorortstrecken Pflanzstraße-Deutzer Bahnhof, Stettiner Bahnhof-Gesundbrunnen, Pappstraße über Potsdamer Bahnhof über Potsdamer Ringbahnhof über Großgörschenstraße-Bannewitzbahnhof gelten.

Der Zeitpunkt für die Einführung der neuen Wochenkarte ist annähernd ebenfalls festgesetzt worden. Die ersten Wochenkarten werden bereits vom 1. November 1919 ab ausgegeben werden. Sie gelten jedoch erst vom ersten Tage der 44. Kalenderwoche, für die sie ausgegeben werden, nämlich vom Montag, den 3. November, bis zum Sonntag, den 9. November, einschließlich. Wochenkarten ohne Kennzeichen sind in allgemeinen unzulässig, doch wird der erste Tag der Montag jeder Woche, von dieser Bestimmung ausgenommen. Diensttags müssen alle Wochenkarten die Unterseite tragen. Die alten Arbeiterwochenkarten dürfen auch nach dem 1. November innerhalb ihrer Geltungsdauer benutzt werden.

Diese Neuregelung der Arbeiterwochenkarten, die eine Einführung von Klassenkarten bringt, verraten den engherzigen Kostengriß, der in unserer Eisenbahnverwaltung noch immer herrscht. Man hätte in unserem „demokratischen“ Zeitalter wohl die Schaffung einer allgemeinen Wochenkarte erwarten dürfen, die die Klassenunterschiede überbrückt. Bei der Straßenbahn geht es sehr gut ohne Klassen. Auch für die Benutzbarkeit der Wochenkarte sollten nicht so engherzige Gesichtspunkte mit ihren diffizilen Unterschieden zwischen Fern-, Vorort- und Stadtbahn

